Sozialversicherungsgericht
des Kantons Zürich

Rechenschaftsbericht
2005

Das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich erstattet dem Kantonsrat des Eidgenössischen Standes Zürich hiermit gemäss § 1 Abs. 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht vom 7. März 1993 seinen elften Rechenschaftsbericht.

Winterthur, den 4. April 2006

SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT
DES KANTONS ZÜRICH

Der Präsident

Urs Engler

Der Generalsekretär

Robert Schnetzer

Inhalt

Das elfte Berichtsjahr

		Seite
1.	**Überblick**	**7**
1.1	Aktuelle Standortbestimmung	7
1.2	Massnahmen	8
1.3	Prozessdauer	9
2.	**Aus Plenum und Geschäftsleitung**	**11**
2.1	Personelle Veränderungen	11
2.2	Neukonstituierung des Sozialversicherungsgerichts per 1. Juli 2005	11
2.3	Organisation	12
2.4	Überarbeitete Verordnungen des Sozialversicherungsgerichts und des angegliederten Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten	13
2.5	Schulung und Weiterbildung	13
3.	**Rechtsprechung**	**15**
4.	**Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte**	**17**
5.	**Personelles**	**19**
5.1	Auslastung Stellenplan	19
5.2	Funktionsgruppen / Zusammensetzung / Beschäftigungsumfang	19
5.3	Belegschaft	20

6. Sachliche Zuständigkeit 25

6.1 Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts 25

6.2 Zuständigkeit des Schiedsgerichts 26

7. Statistische Übersichten 27

7.1 Sozialversicherungsgericht 27

7.2 Schiedsgericht 31

Abkürzungen 33

Das elfte Betriebsjahr

1. Überblick

1.1 Aktuelle Standortbestimmung

Die Anzahl neu eingehender Beschwerden und Klagen ist im Berichtsjahr mit 3'054 Fällen gegenüber dem Vorjahr mit 2'585 Fällen um 18.1 % angestiegen, gegenüber 2003 mit 1'751 Neueingängen sogar um 74.4 %. Erledigt werden konnten insgesamt 2'523 Verfahren, 21.1 % mehr als im Vorjahr (2'084). Als Pendenzen blieben am Ende des Berichtsjahres 2'213 Fälle, was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr mit 1'682 Pendenzen von 31.6 % entspricht.

Die bereits im Jahr 2003 prognostizierte und im Vorjahr 2004 eingetretene Entwicklung hat sich auch im vergangenen Jahr 2005 fortgesetzt: Nach vorübergehendem Rückgang der neu anhängig gemachten Beschwerden in jenen Rechtsgebieten, die seit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) am 1. Januar 2003 dem vorgängigen Einspracheverfahren unterliegen, sind die Neueingänge weiterhin deutlich angestiegen.

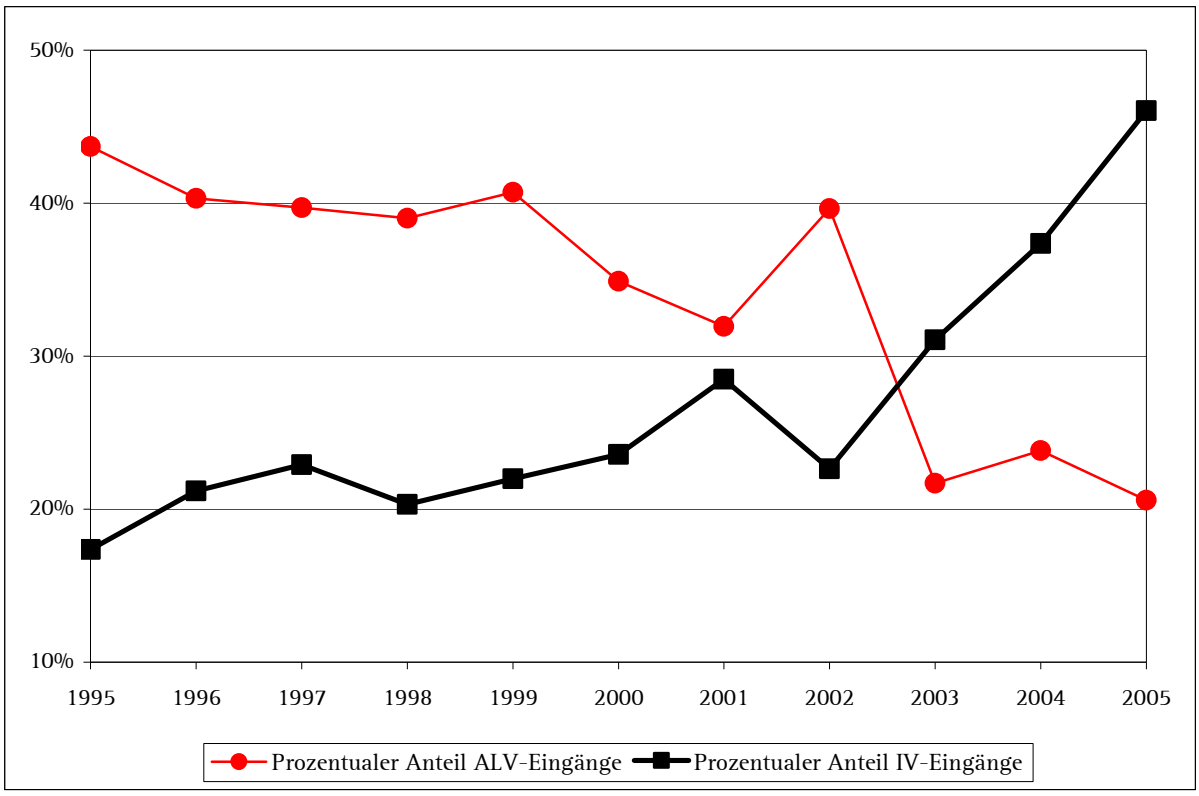
Die Entwicklung der Eingänge in den einzelnen Rechtsbereichen zeigt sich wie folgt: In der Alters- und Hinterlassenenversicherung haben die Neueingänge insgesamt leicht abgenommen (von 228 um 6.1 % auf 214), davon im Teilbereich der Schadenersatzverfahren deutlich (von 94 um 22.3 % auf 73). Die Arbeitslosenversicherung verzeichnete eine kleine Zunahme von 2.1 % von 616 auf 629 Neueingänge. Im Bereich der beruflichen Vorsorge sind die Eingänge gegenüber dem Vorjahr um 13.2 % von 182 auf 158 zurückgegangen. Demgegenüber haben die Beschwerden in der Invalidenversicherung von 966 Fällen im Vorjahr um 45.5 % auf 1'406 Fälle zugenommen. Die Eingänge im Bereich der Krankenversicherung blieben mit 158 Fällen im Vorjahr und 160 im Berichtsjahr praktisch unverändert. Wiederum eine markante Zunahme um 21.4 % von 337 auf 409 Eingänge erfuhr die Unfallversicherung.

Insgesamt gibt allerdings weniger die absolute Anzahl der Eingänge Anlass zur Besorgnis, sondern vielmehr deren Zusammensetzung. Dies kann am Beispiel der Entwicklung der Neueingänge in den Bereichen der Arbeitslosenversicherung und der Invalidenversicherung verdeutlicht werden:

1995, im ersten Betriebsjahr des Sozialversicherungsgerichts des Kantons Zürich, hatte der Anteil der Neueingänge im Bereich der Arbeitslosenversicherung 44 % betragen. Seit Inkrafttreten des ATSG beträgt dieser Anteil nur noch knapp über 20 %, weil insbesondere die vergleichsweise einfachen Fälle mit geringem Streitwert bereits im Einsprachever-

fahren bei den Arbeitslosenkassen erledigt werden können. Demgegenüber hat sich der Anteil der Neueingänge in der Invalidenversicherung seit 1995 von 17 % bis zum Berichtsjahr mit 46 % beinahe verdreifacht, wobei allein in den letzten drei Jahren eine Verdoppelung festzustellen ist.

Prozentualer Anteil der Eingänge in den Bereichen der Arbeitslosenversicherung und der Invalidenversicherung an den Gesamteingängen 1995 bis 2005



1.2 Massnahmen

Der Umstand, dass die Eingänge gerade in den Bereichen Invalidenversicherung und Unfallversicherung, deren Bearbeitung mit grösserem zeitlichen Aufwand verbunden ist, im Ansteigen begriffen sind, hat das Sozialversicherungsgericht bereits im Vorjahr dazu veranlasst, auf mögliche Konsequenzen hinzuweisen und interne Massnahmen gegen das weitere Ansteigen der Pendenzen ins Auge zu fassen. Es wurde darüber im Rechenschaftsbericht des Jahres 2004 orientiert.

Nach Durchführung einer internen Vernehmlassung im Winter 2004/2005 hat das Sozialversicherungsgericht per 1. April 2005 folgende Massnahmen beschlossen:

- *Erhöhung der individuellen Vorgaben:* Das Sozialversicherungsgericht verfügt seit Jahren über ein eigenes Controlling-System, welches die quantitative Leistung des

Gesamtgerichts, der Kammern sowie der einzelnen Juristinnen und Juristen steuert (und damit eine regelmässig aktualisierte Standortbestimmung aller in der Urteilsproduktion tätigen Personen zulässt). Mit ein Bestandteil dieses Systems sind individuelle Vorgaben innerhalb einer definierten Bandbreite, die von den juristischen Sekretärinnen und Sekretären erreicht werden sollten, und deren Erreichungsgrad auch ein Qualifikationskriterium bei der jährlichen Mitarbeiterbeurteilung darstellt. Diese Vorgaben sind nun vom Plenum per 1. April 2005 um 5 % erhöht worden, wissend, dass damit von den Mitarbeitenden ein zusätzlicher Effort abverlangt wird, ohne diesen in angemessener Weise honorieren zu können.

- *Reduktion der Anrechnung von Absenzen:* Die bisherige Anrechnung von Abwesenheiten (insbesondere infolge Krankheit, Militärdienst, Weiterbildung, unbezahltem Urlaub, etc.) auf die Kammervorgaben wurde vom Plenum per 1. April 2005 weitgehend gestrichen. Das bedeutet, dass sich die Vorgaben für die einzelnen Mitarbeitenden im Hinblick auf ihre jährliche Qualifikation zwar um die Zeit der unverschuldeten Abwesenheit reduzieren, nicht aber die Vorgaben für die einzelnen Kammern. Diese haben seither zu versuchen, Ausfälle in der Kammer durch Mehrleistung der Anwesenden zu kompensieren. Auch diese Massnahme erfordert einen zusätzlichen Einsatz aller Betroffenen.
- *Anstellung weiterer juristischer Sekretärinnen und Sekretären:* Der Stellenplan im juristischen Sekretariat wurde in den vergangenen Jahren und angesichts des damals sinkenden Pendenzenstandes bis Ende 2003 laufend reduziert. Um den seit 2004 wieder ansteigenden Pendenzen zu begegnen, wurde – nebst den oben erwähnten Massnahmen – beschlossen, den Stellenplan erneut um 16 % (von 31 auf 36 Vollstellen) anzuheben (vgl. nachfolgend Ziff. 5.1).

1.3 Prozessdauer

Der weiterhin sinkende Anteil formeller Erledigungen vor allem in den Bereichen der Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung hatte unter anderem auch Auswirkungen auf die durchschnittliche Prozessdauer. Insbesondere das Ausbleiben von Beschwerderückzügen, die erfahrungsgemäss eher in den ersten Verfahrensmonaten erfolgen, hatte im Berichtsjahr wiederum einen leichten Anstieg der Prozessdauer von 7,5 Monaten auf 8,2 Monate zur Folge, ein Wert, der in Anbetracht des gesetzlichen Erfordernisses nach einem einfachen und raschen Verfahren sowie angesichts einer im Interesse der Rechtsuchenden beförderlichen Prozesserledigung aber immer noch als gut bezeichnet werden kann.

2. Aus Plenum und Geschäftsleitung

2.1 Personelle Veränderungen

Infolge des Rücktritts von Sozialversicherungsrichter Christian Zünd per Ende 2004 hatte der Kantonsrat am 20. Dezember 2004 Robert Hurst zum neuen teilamtlichen Mitglied des Sozialversicherungsgerichts gewählt. Robert Hurst trat sein Amt am 1. April 2005 an. Roger Peter, vom Kantonsrat gewähltes Ersatzmitglied des Sozialversicherungsgerichts seit August 2000, legte sein Amt per 30. Juni 2005 nieder. Zum Nachfolger wurde Erich Gräub, juristischer Sekretär am Sozialversicherungsgericht, gewählt.

2.2 Neukonstituierung des Sozialversicherungsgerichts per 1. Juli 2005

Die Mitglieder des Sozialversicherungsgerichts wählten an ihrer Sitzung vom 28. Juni 2005 Urs Engler zum Präsidenten sowie Christine Grünig zur ersten Vizepräsidentin. Urs Engler löste damit Thomas Faesi ab, der das Gericht seit 1. Juli 2003 präsidiert hatte. In der Leitung des dem Sozialversicherungsgericht angegliederten Schiedsgerichts löste Brigitte Pfiffner Rauber per 1. Juli 2005 das bisher leitende Mitglied Urs Engler ab. Die Stellvertretung übernahm Ueli Spitz auf denselben Zeitpunkt hin von der bisherigen Stellvertreterin Brigitte Pfiffner Rauber.

Präsident	Engler Urs	(ab 1. Juli 2005)
	Faesi Thomas	(bis 30. Juni 2005)
1. Vizepräsident/in	Grünig Christine	(ab 1. Juli 2005)
	Engler Urs	(bis 30. Juni 2005)
Vizepräsident	Faesi Thomas	(ab 1. Juli 2005)
Vizepräsident	Mosimann Hans-Jakob	
Vizepräsident	Spitz Ueli	

Leitendes Mitglied des angegliederten Schiedsgerichts	Pfiffner Rauber Brigitte	(ab 1. Juli 2005)
	Engler Urs	(bis 30. Juni 2005)
Stellvertreter/in	Spitz Ueli	(ab 1. Juli 2005)
	Pfiffner Rauber Brigitte	(bis 30. Juni 2005)

2.3 Organisation

Zusammensetzung der Kammern:

I. Kammer	Vorsitz	Grünig Christine
	Mitglieder	Spitz Ueli
		Bürker-Pagani Rosanna
	Ersatzmitglied	Maurer Reiter Edith
II. Kammer	Vorsitz	Mosimann Hans-Jakob
	Mitglieder	Meyer Beat
		Pfiffner Rauber Brigitte
		Walser Hermann
	Ersatzmitglieder	Imhof Edgar
		Romero-Käser Irene
III. Kammer	Vorsitz	Faesi Thomas
	Mitglieder	Annaheim-Büttiker Esther
		Daubenmeyer Verena
	Ersatzmitglied	Condamin-Voney Gertrud
IV. Kammer	Vorsitz	Engler Urs
	Mitglieder	Hurst Robert
		Weibel-Fuchs Rosetta
	Ersatzmitglieder	Arnold Gramigna Christa
		Gräub Erich (ab 1. Juli 2005)
		Peter Roger (bis 30. Juni 2005)

Die Geschäftsleitung des Sozialversicherungsgerichts bestand aus je einem Mitglied der vier Gerichtskammern.

Zusammensetzung der Geschäftsleitung:

Vorsitz	Engler Urs (ab 1. Juli 2005)
	Faesi Thomas (bis 30. Juni 2005)
Mitglieder	Faesi Thomas (ab 1. Juli 2005)
	Engler Urs (bis 30. Juni 2005)
	Grünig Christine
	Walser Hermann

2.4 Überarbeitete Verordnungen des Sozialversicherungsgerichts und des angegliederten Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten

Auf Beginn des Berichtsjahres ist das revidierte Gesetz über das Sozialversicherungsgericht vom 7. März 1993 in Kraft getreten (es wurde im Rechenschaftsbericht 2004 des Sozialversicherungsgerichts darüber berichtet). Die entsprechend auf das revidierte Gesetz angepassten Verordnungen des Sozialversicherungsgerichts (Verordnung über die Organisation und den Geschäftsgang des Sozialversicherungsgerichts{OrgV SVGer} und Verordnung über die Gebühren, Kosten und Entschädigungen vor dem Sozialversicherungsgericht {GebV SVGer}) sowie die angepasste Verordnung über das dem Sozialversicherungsgericht angegliederte Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten (SGVo) wurden vom Kantonsrat in seiner Sitzung vom 21. März 2005 genehmigt. Das Sozialversicherungsgericht hat die genannten Verordnungen in der Folge per 1. April 2005 in Kraft gesetzt.

2.5 Schulung und Weiterbildung

In Ergänzung zu öffentlichen sozialversicherungsrechtlichen Fachtagungen und Weiterbildungsseminaren, welche vom (juristischen) Personal des Sozialversicherungsgerichts im Rahmen der für Weiterbildungszwecke zur Verfügung stehenden Mittel besucht werden konnten, haben im Berichtsjahr folgende interne Veranstaltungen stattgefunden:

- Verschiedene Referate von juristischen Sekretärinnen und Sekretären des Sozialversicherungsgerichts zu folgenden Themen:
  - Assistenzentschädigung in der 4. IV-Revision (Referentin: lic. iur. Pascale Fehr)
  - Kostenauflage bei Mutwilligkeit (Referentin: lic. iur. Stefanie Lienhard)
  - Abzug vom Tabellenlohn (Referentin: lic. iur. Cristina Malnati Burkhardt)
  - Invalidität und invaliditätsfremde Faktoren (Referentin: lic. iur. Yvonne Steck)
  - Bindungswirkung Opferhilfegesetz – Strafrecht? (Referent: lic. iur. Melchior Volz)
  - Eingliederungsmassnahmen bei Jugendlichen (Referent: lic. iur. Georg Wilhelm)
- Referate einer internen Arbeitsgruppe, welche ein umfassendes Dossier zum Komplex des prozessrechtlichen Instituts der Beiladung erstellt hat (Referentinnen: lic. iur. Christa Arnold Gramigna, Ersatzrichterin, Dr. iur. Madeleine Randacher, lic. iur. Monika Tanner Imfeld)
- Weiterbildungsveranstaltung zum Thema Ergotherapie und Logopädie (Referentinnen: Claudia Galli, lic. phil., dipl. Ergotherapeutin HF, Präsidentin des Ergothe-

rapeut/innen-Verbands Schweiz, Hilda Geissmann, lic. phil., dipl. Logopädin, Marianne Freudiger Haldemann, dipl. Ergotherapeutin HF)

- Weiterbildungsveranstaltung über das Projekt NFP, Studien zum Thema Behinderung und Invalidität (Referent: lic. phil. Ludwig Gärtner, Leiter des Bereichs Forschung und Entwicklung im Kompetenzzentrum Grundlagen des Bundesamtes für Sozialversicherung)
- Weiterbildungsveranstaltung zum Thema Schweizerische Leistungen bei Mutterschaft und FZA/Europarecht (Referent: Dr. iur. et lic. theol. Edgar Imhof, Ersatzrichter am Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich)

3. Rechtsprechung

Unter der Internet-Adresse www.sozialversicherungsgericht.zh.ch stehen sämtliche Kollegialgerichtsentscheide und die wesentlichen Einzelrichterentscheide des Sozialversicherungsgerichts ab Januar 2003 zur Verfügung. Frühere Entscheide (bis und mit 2002) können unter den entsprechenden spezifischen Angaben beim Sozialversicherungsgericht bestellt werden.

4. Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte

Die Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte hat im Berichtsjahr insgesamt zwei Sitzungen abgehalten. Hauptthemen waren:

- Ergänzung der Bestimmungen über die Rechtspflege und die Behörden im Entwurf des kantonalen Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG) gemäss Antrag der Finanzdirektion (Anpassungen der Ausgabenkompetenzen im Kantonsratsgesetz vom 5. April 1985, im Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959, im Gerichtsverfassungsgesetz vom 13. Juni 1976 sowie im Finanzkontrollgesetz vom 30. Oktober 2000)
- Schaffung einer Projektgruppe zur Erarbeitung eines neuen Mitarbeiter/innen-Beurteilungssystems mit Zielvereinbarungen (unter der Leitung der Abteilung Personal und Organisation des Obergerichts)
- Kenntnisnahme des Schlussberichts über das Projekt ZERZE (Zentrales Rechnungswesen zentralisieren) zur Optimierung des Rechnungswesens in der gesamten kantonalen Verwaltung als Teil des Sanierungsprogramms 04 sowie des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 06
- Umsetzung der neuen Kantonsverfassung (Anpassungen der die Rechtspflege betreffenden Gesetze und Verordnungen)

Im Übrigen hat sich die Verwaltungskommission der obersten Gerichte zu folgenden Vorlagen und Anträgen der Regierung vernehmen lassen:

- Zu der im Frühjahr 2005 geplanten linearen Lohnkürzung beim Staatspersonal
- Zur Neuregelung der Lunch-Check-Abgabe
- Zum Konzept betreffend Anpassungen des kantonalen Rechts an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz) vom 18. Juni 2004
- Zu den Richtlinien der Rechtsetzung

Verwaltungskommission und Plenarausschuss der obersten kantonalen Gerichte wurden bis 31. August 2005 präsidiert von Dr. Rainer Klopfer, Präsident des Obergerichts. Als Vizepräsident amtete bis zu diesem Zeitpunkt Prof. Dr. Moritz Kuhn, Präsident des Kassationsgerichts, der ab 1. September 2005 das Präsidium übernahm. Auf denselben Zeitpunkt hin wurde Prof. Dr. Martin Zweifel, Präsident des Verwaltungsgerichts, zum neuen Vizepräsidenten gewählt.

Delegierte des Sozialversicherungsgerichts waren die folgenden Richterinnen und Richter:

In der Verwaltungskommission der Gerichte:

- Engler Urs (ab 1. Juli 2005)
- Faesi Thomas (bis 30. Juni 2005)

Im Plenarausschuss der Gerichte:

- Engler Urs
- Faesi Thomas
- Grünig Christine
- Pfiffner Rauber Brigitte
- Walser Hermann

5. Personelles

5.1 Auslastung Stellenplan

(in Klammern die Werte vom Vorjahr)

- Richter/innen 100 % von 9 Vollstellen (99.5 % von 9 Vollstellen)
- Jur. Sekretariat 102.6 % von 36 Vollstellen (105.6 % von 31 Vollstellen)
- Adm. Kanzlei 97.6 % von 10 Vollstellen (101.7 % von 10 Vollstellen)
- Gesamtgericht 101.3 % von 55 Vollstellen (103.7 % von 50 Vollstellen)

5.2 Funktionsgruppen / Zusammensetzung / Beschäftigungsumfang

(in Klammern die Werte vom Vorjahr)

		Personen	in %		Personen	in %
Richter/innen Vollstellen: 9 (8.96)	Weiblich	6 (6)	46 (46)	Vollzeit	4 (5)	31 (38)
	Männlich	7 (7)	54 (54)	Teilzeit	9 (8)	69 (62)
	Total	13 (13)	100	Total	13 (13)	100
Ersatzrichter/innen Vollstellen: 1.6 (1.6)	Weiblich	4 (4)	57 (67)	Vollzeit	0 (0)	0 (0)
	Männlich	3 (2)	43 (33)	Teilzeit	6 (5)	100 (100)
	Total	7 (6)	100	Total	6 (5)	100
Juristisches Sekretariat Vollstellen: 36.94 (32.7)	Weiblich	29 (25)	57 (57)	Vollzeit	21 (18)	41 (41)
	Männlich	22 (19)	43 (43)	Teilzeit	30 (26)	59 (59)
	Total	51 (44)	100	Total	51 (44)	100
Administrative Kanzlei Vollstellen: 9.76 (10.2)	Weiblich	14 (15)	100 (100)	Vollzeit	2 (2)	14 (13)
	Männlich	0 (0)	0 (0)	Teilzeit	12 (13)	86 (87)
	Total	14 (15)	100	Total	14 (15)	100
Gesamt* Vollstellen**: 55.7 (51.9)	Weiblich	51 (48)	63 (64)	Vollzeit	27 (25)	33 (33)
	Männlich	30 (27)	37 (36)	Teilzeit	54 (50)	67 (67)
	Total	81 (75)	100	Total	81 (75)	100

** 4 Personen waren gleichzeitig als Ersatzrichter/innen und als juristische Sekretär/innen eingesetzt und sind deshalb im Gesamttotal nur ein Mal mitgezählt*

*** exkl. Ersatzrichter/innen*

5.3 Belegschaft

- **Richterinnen und Richter**

Ordentliche Mitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2001 bis 2007:

- Annaheim-Büttiker Esther, Dr. iur.
- Bürker-Pagani Rosanna, lic. iur.
- Daubenmeyer Verena, lic. iur.
- Engler Urs, lic. iur.
- Faesi Thomas, Dr. iur.
- Grünig Christine, lic. iur.
- Hurst Robert, Dr. iur.
- Meyer Beat, lic. iur.
- Mosimann Hans-Jakob, Dr. iur.
- Pfiffner Rauber Brigitte, Dr. iur.
- Spitz Ueli, lic. iur.
- Walser Hermann, Dr. iur.
- Weibel-Fuchs Rosetta, lic. iur.

Ordentliche Ersatzmitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2001 bis 2007:

- Gräub Erich, lic. iur. (ab 1. Juli 2005)
- Imhof Edgar, Dr. iur. et lic. theol.
- Peter Roger, Dr. iur. (bis 30. Juni 2005)
- Romero-Käser Irene, lic. iur.

Ordentliche Ersatzmitglieder, gewählt vom Sozialversicherungsgericht für die Amtsdauer 2001 bis 2007:

- Arnold Gramigna Christa, lic. iur.
- Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.
- Maurer Reiter Edith, lic. iur.

- **Generalsekretariat**

  Generalsekretär:

  - Schnetzer Robert, Dr. iur.

  Stellvertretende Generalsekretärin:

  - Palffy Stefanie, lic. iur.

  Adjunkt/Rechnungsführer/EDV-Koordinator:

  - Rüegg Dieter, lic. rer. publ.

  Bereichsverantwortlicher EDV-Applikationen:

  - Ernst Jörg, lic. iur.

  EDV-Support:

  - Pfenninger Sascha, Informatiker

  Wissenschaftliche Dokumentation/Bibliothek:

  - Büchel Harald, lic. iur., NDS IuD

- **Kammersekretär/innen**

  - Fehr Pascale, lic. iur.
  - Möckli Walter, lic. iur.
  - Peter Oliver, lic. iur.
  - Tanner Imfeld Monika, lic. iur.

- **Juristisches Sekretariat**

  - Bachmann Yvonne, lic. iur.
  - Bachofner Benjamin, lic. iur.
  - Bänninger Schäppi Franziska, lic. iur.
  - Brügger Felix, lic. iur.

- Buis Anja, lic. iur. **
- Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.
- Dall'O-Bernardini Pascale, Dr. iur.
- Dürst Yvonne, lic. iur. *
- Ernst Jörg, lic. iur.
- Fischer Antonia, lic. iur. *
- Fraefel Thomas, Dr. iur.
- Gasser Küffer Birgit, lic. iur.
- Gasser Stefan, lic. iur.
- Gräub Erich, lic. iur.
- Guggisberg Matthias, lic. iur. **
- Häny Iris, lic. iur.
- Imhof Edgar, Dr. iur. et lic. theol.
- Kobel Barbara, lic. iur.
- Lamas Monica, lic. iur.
- Lienhard Stefanie, lic. iur.
- Malnati Burkhardt Cristina, lic. iur.
- Maurer Reiter Edith, lic. iur.
- Meier Camille, lic. iur. *
- Meier-Wiesner Claudia, lic. iur.
- Meili Sandra, lic. iur. *
- Randacher Madeleine, Dr. iur.
- Sager Rahel, lic. iur. *
- Schetty Alain, lic. iur.
- Schnellmann Reta, lic. iur. *
- Sonderegger Stefan, lic. iur. *
- Steck Yvonne, lic. iur.
- Stocker Werner, Dr. iur.
- Sturzenegger Ladina, lic. iur.
- Tiefenbacher Sabine, lic. iur.
- Tischhauser Christoph, lic. iur. **

- Vieli Corinne, lic. iur.
- Vogel Christian, lic. iur. *
- Volz Melchior, lic. iur.
- Von Aesch Kamer Susanne, lic. iur. *
- Von Streng Kitty, Dr. iur.
- Werner Ulrike, lic. iur.
- Wilhelm Georg, lic. iur.

- **Administrative Kanzlei**
  - Bassi Jeanette
  - Beerli Monika
  - Dopp Ilse-Maria
  - Hasler Sonja
  - Keller Jrene
  - Klauser Iris
  - Liggenstorfer Angelika
  - Pandzic Mirjana
  - Picone Monika
  - Schweizer Brigitte
  - Sprenger Erika
  - Theiler Brigitte
  - Véron Carbogno Agnes
  - Vetterli Maja

(*) Eintritt im Laufe des Berichtsjahres (ab Januar 2005)

(**) Austritt im Laufe des Berichtsjahres (bis Dezember 2005)

6. Sachliche Zuständigkeit

6.1 Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts

Soweit das Bundesrecht vorschreibt, dass Beschwerden aus dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts durch ein kantonales Versicherungsgericht beurteilt werden, ist hierfür das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Gerichtsinstanz zuständig (vgl. §§ 2 und 4 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht). Dies gilt insbesondere für Beschwerden nach Art. 56 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) in Verbindung mit den Bundesgesetzen über

- die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)
- die Invalidenversicherung (IVG)
- die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG)
- die Krankenversicherung (KVG)
- die Unfallversicherung (UVG)
- die Militärversicherung (MVG)
- den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG)
- die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG)
- die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG)

Im Weiteren ist das Sozialversicherungsgericht zuständig für:

- Klagen nach Art. 73 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) einschliesslich die freiwillige Vorsorge der Personalvorsorgestiftungen gemäss Art. 89^{bis} Abs. 5 und 6 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) und Klagen nach Art. 142 ZGB in Verbindung mit Art. 25 a des Freizügigkeitsgesetzes (FZG) sowie nach Art. 25 FZG
- Klagen über Streitigkeiten aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung nach Art. 47 Abs. 2 des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über die privaten Versicherungseinrichtungen (altVAG, bis 31. Dezember 2005)
- Klagen über privatrechtliche Streitigkeiten zwischen Versicherungsunternehmen oder zwischen Versicherungsunternehmen und Versicherten aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung nach § 85 des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen (neuVAG, ab 1. Januar 2006)

- Beschwerden betreffend Entschädigung und Genugtuung nach Art. 17 des Opferhilfegesetzes (OHG) sowie Beschwerden betreffend materielle Soforthilfe und Übernahme weiterer Kosten im Sinne von Art. 3 des Gesetzes

Gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht entscheidet dieses endgültig über folgende kantonalrechtliche Streitigkeiten:

- Beschwerden betreffend Beihilfen und Gemeindezuschüsse nach §§ 13 und 20 des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur Eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
- Beschwerden betreffend Kinderzulagen nach § 171 a des Gesetzes über die Förderung der Landwirtschaft
- Beschwerden nach § 27 des Gesetzes über Kinderzulagen für Arbeitnehmer
- Beschwerden gemäss Art. 65 KVG sowie gemäss §§ 28 und 29 EG KVG

6.2 Zuständigkeit des Schiedsgerichts

Das dem Sozialversicherungsgericht angegliederte Schiedsgericht beurteilt gemäss § 36 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Instanz Streitigkeiten nach Art. 89 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung, Art. 57 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung, Art. 26 Abs. 4 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung sowie Art. 27 des Bundesgesetzes über die Militärversicherung.

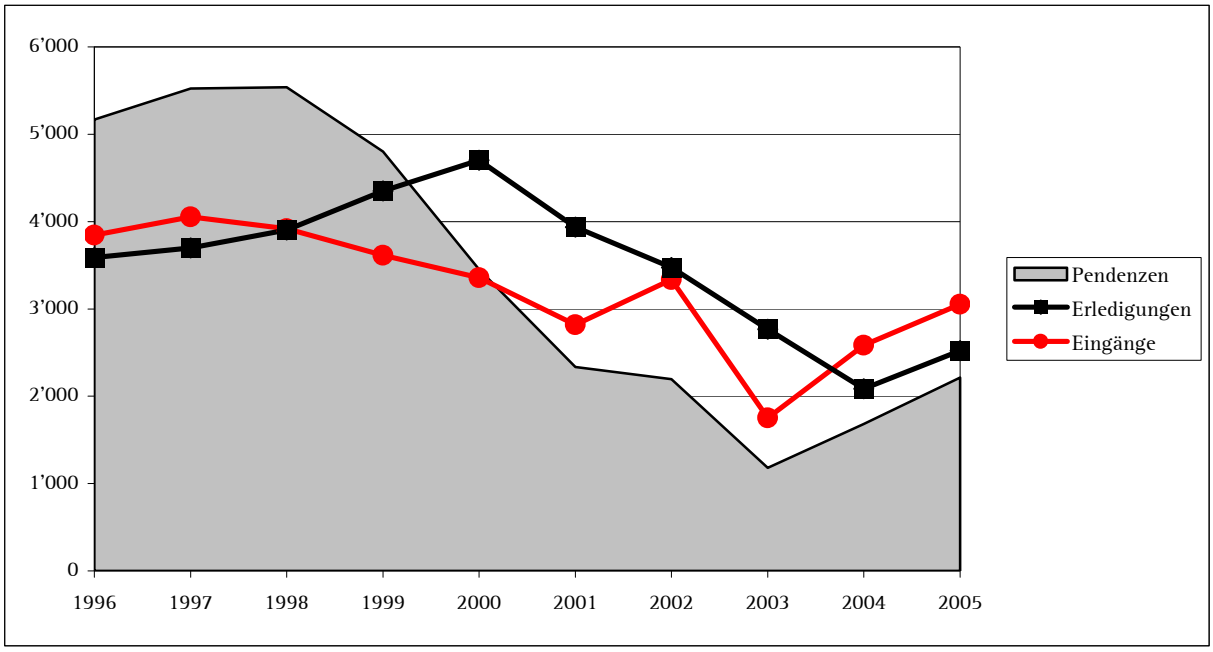
7. Statistische Übersichten

7.1 Sozialversicherungsgericht

- **Bestand (Eingänge, Erledigungen und Pendenzen)**

	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
AHVG (ohne Schadenersatz)	87	141	116	112
AHVG (Schadenersatz)	55	73	78	50
AVIG	310	629	574	365
BVG	125	158	148	135
EOG	0	0	0	0
IVG	676	1'406	1'057	1'025
KVG	99	160	138	121
MVG	2	8	4	6
OHG	4	15	12	7
UVG	284	409	342	351
Übrige*	40	55	54	41
2005	**1'682**	**3'054**	**2'523**	**2'213**
2004	1'181	2'585	2'084	1'682
Differenz in %		+ 18.1 %	+ 21.1 %	+ 31.6 %

* gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)

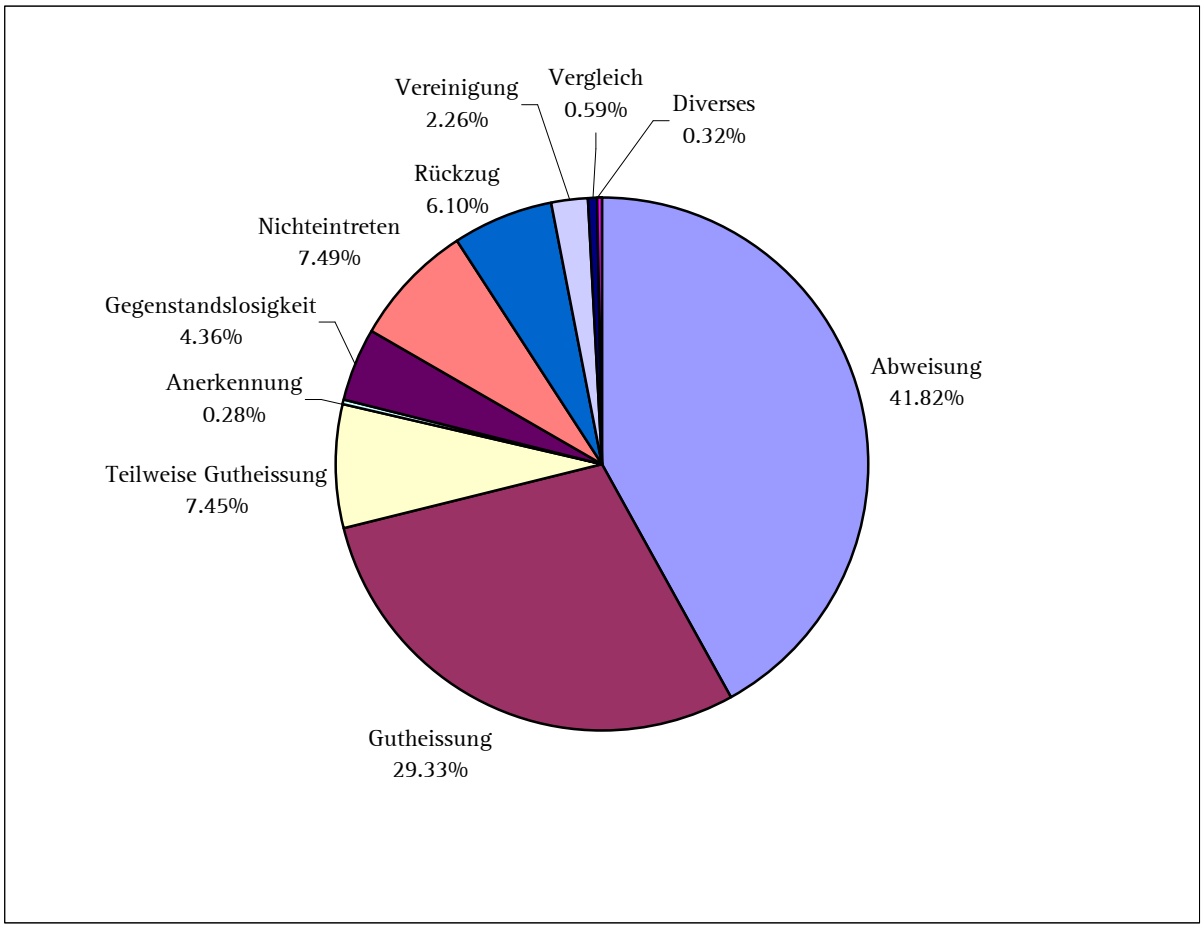


	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Eingänge	3'844	4'054	3'917	3'615	3'356	2'818	3'335	1'751	2'585	3'054
Erledigungen	3'588	3'697	3'904	4'352	4'704	3'935	3'473	2'767	2'084	2'523
Pendenzen	5'167	5'524	5'537	4'800	3'452	2'335	2'197	1'181	1'682	2'213

- **Erledigungsart**

	Abweisung	Gutheis-sung	Teilw. Gut-heissung	Anerken-nung	Gegen-standslos	Nicht-eintreten	Rückzug	Vereini-gung	Vergleich	Diverses	Total
AHVG (ohne SE)	44	23	10	0	4	15	16	4	0	0	116
AHVG (SE)	20	12	14	0	5	12	2	12	1	0	78
AVIG	311	141	37	0	22	40	15	4	0	4	574
BVG	40	40	24	6	6	14	12	4	1	1	148
EOG	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
IVG	400	429	54	0	45	44	65	17	1	2	1'057
KVG	40	24	24	1	10	15	14	6	4	0	138
MVG	1	0	0	0	1	2	0	0	0	0	4
OHG	7	2	2	0	0	0	1	0	0	0	12
UVG	179	60	16	0	8	40	22	9	8	0	342
Übrige*	13	9	7	0	9	7	7	1	0	1	54
2005	**1'055**	**740**	**188**	**7**	**110**	**189**	**154**	**57**	**15**	**8**	**2'523**
2004	838	618	197	11	78	150	137	42	9	4	2'084

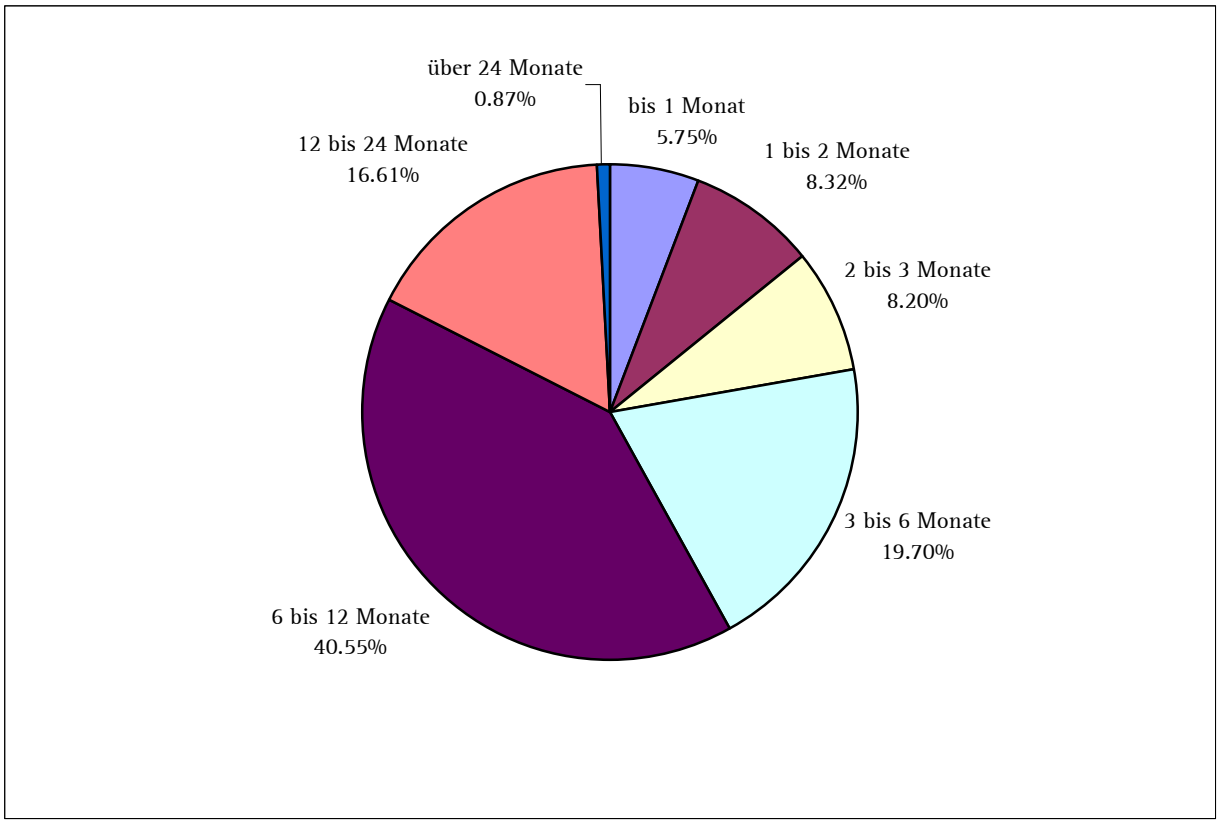
* gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)



Verfahrensdauer (in Monaten)

	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
AHVG (ohne Schadenersatz)	7	15	14	21	37	19	3	116
AHVG (Schadenersatz)	10	7	6	8	27	18	2	78
AVIG	29	77	49	140	225	54	0	574
BVG	14	12	12	24	47	35	4	148
EOG	0	0	0	0	0	0	0	0
IVG	40	56	86	218	501	152	4	1'057
KVG	15	9	15	25	39	31	4	138
MVG	0	2	1	1	0	0	0	4
OHG	1	0	2	3	5	1	0	12
UVG	22	22	17	42	133	101	5	342
Übrige*	7	10	5	15	9	8	0	54
2005	**145**	**210**	**207**	**497**	**1'023**	**419**	**22**	**2'523**
2004	154	195	196	494	775	224	46	2'084

* gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)

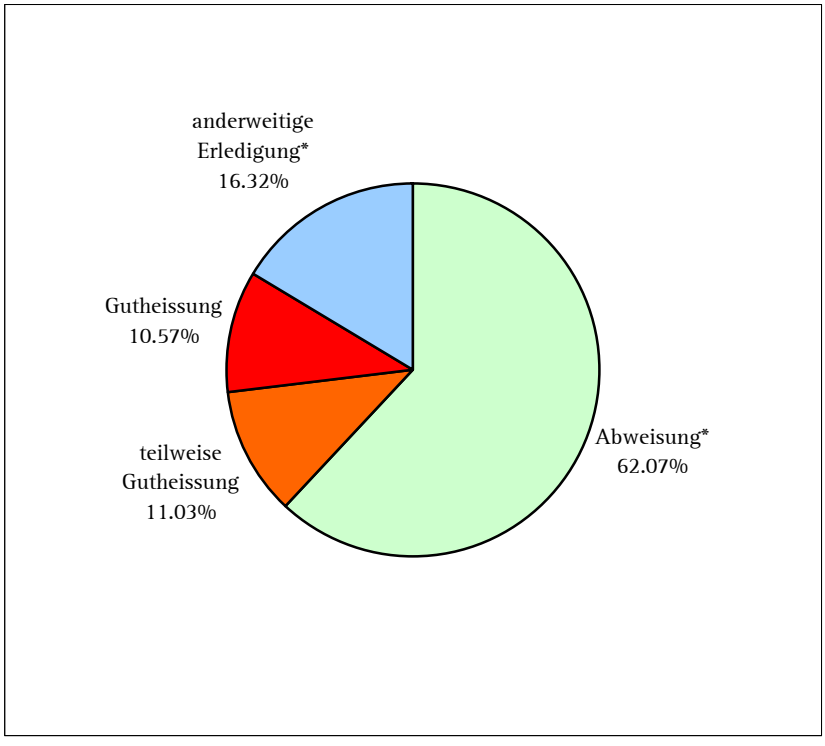


- **Vom Eidgenössischen Versicherungsgericht erledigte Prozesse**

	Abweisung	Teilweise Gutheissung	Gutheissung	anderweitige Erledigung	Total
AHVG (ohne Schadenersatz)	6	3	3	6	18
AHVG (Schadenersatz)	6	5	2	12	25
AVIG	51	10	11	17	89
BVG	20	5	4	2	31
EOG	0	0	0	0	0
IVG	89	17	18	17	141
KVG	13	0	1	10	24
MVG	1	0	0	0	1
OHG*	2	1	0	0	3
UVG	78	7	7	5	97
Übrige**	4	0	0	2	6
2005	**270**	**48**	**46**	**71**	**435**
2004	264	46	63	75	448

* Vom Bundesgericht in Lausanne erledigte Prozesse

** gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)



* Entscheide des Sozialversicherungsgerichts in Rechtskraft erwachsen

Vergleich „Umkehrquote“ EVG

- Gesamtschweizerisch 28.7 % (Vorjahr 30.6 %)
- Sozialversicherungsgericht ZH 21.6 % (Vorjahr 24.3 %)

7.2 Schiedsgericht

- **Bestand und Erledigungen**

	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
2005	**20**	**25**	**17**	**28**
2004	19	12	11	20

- **Erledigungsart**

	Abweisung	Gutheissung	Teilweis Gut-heissung	Anerkennung	Gegenstands-losigkeit	Nichteintreten	Rückzug	Vereinigung	Vergleich	Diverses	Total
2005	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**	**2**	**4**	**10**	**0**	**17**
2004	2	1	0	3	0	1	2	1	1	0	11

- **Verfahrensdauer in Monaten**

	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
2005	**1**	**1**	**2**	**8**	**2**	**1**	**2**	**17**
2004	1	0	0	3	3	3	1	11

Abkürzungen

AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts
AVIG	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
ELG	Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
EOG	Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft
FLG	Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft
GSVGer	Gesetz über das Sozialversicherungsgericht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung (ab 1.1.1996)
MVG	Bundesgesetz über die Militärversicherung
OHG	Bundesgesetz über die Hilfe an Opfern von Straftaten (Opferhilfegesetz)
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung
VAG	Bundesgesetz betreffend die Aufsicht über die privaten Versicherungseinrichtungen